

INTELLIGENCE

FORM NO. 51-61
MAY 1949Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R007800050006-4
CLASSIFICATION SECRET/CONTROL - U.S. OFFICIALS ONLY

25X1A

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY.

REPORT NO. [REDACTED]

RETURN TO CIA INFORMATION REPORT

COUNTRY Germany (Russian Zone)

DATE DISTR. 9 April 1951

SUBJECT 1. Consumer Goods and Taxes in the DDR
2. Distribution of Consumer Goods
3. Propaganda Article of the Nationale Front

NO. OF PAGES 1

PLACE ACQUIRED [REDACTED] 25X1A

NO. OF ENCLS. 1 (16 pages)
(LISTED BELOW)DATE OF I.
ACQUIRED [REDACTED]SUPPLEMENT TO
REPORT NO.

25X1X

SOURCE

The attached material on consumer goods and taxes in the DDR, redistribution of consumer goods; and propaganda and work program of the National Front is sent to you on indefinite loan in the belief that it may be of interest to you.

RETURN TO CIA LIBRARYAPR 17 3 33 PM '51
W/E

CLASSIFICATION SECRET/CONTROL - U.S. OFFICIALS ONLY

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION						
ARMY	AIR		ORR X						

~~BERICHT U.S. OFFICIALS ONLY~~

Bei der CDU in der Jägerstraße gehen täglich Hilferufe von Unionsfreunden ein, die eigene Landwirtschaften haben. Es ergibt sich, daß in den verschiedensten Kreisen mit den rigorosesten Mitteln das Ablieferungssoll eingetrieben wird, so daß eine ganze Reihe von landwirtschaftlichen Betrieben nicht nur ihres Saatgutes, sondern auch ihrer Futtermittel und des Ernteanteils für den inneren Betrieb beraubt werden. Die Entwicklung nimmt immer schlimmere Folgen an, so daß dem Vorsitzenden der Ost-CDU undstellv. Ministerpräsidenten Nuschke nahegelegt worden ist, diese Frage in einer der nächsten Kabinettsitzung vorzutragen. Nuschke zögert jedoch, etwas zu unternehmen, da er, wie er persönlich sagte, das heiße Eisen nicht gern anfassen möchte. Er möchte durch seinen Vorstoß im Kabinett nicht gern den Eindruck erwecken, als wenn die CDU das Ablieferungssoll sabotieren will.

Die Lage der Landwirtschaft in der DDR spitzt sich immer mehr zu. Es sind jetzt schon über 100 000 ha herrenloses Land vorhanden, und es muß damit gerechnet werden, daß diese Zahl sich noch ganz wesentlich vergrößert. Es ist nicht übertrieben, wenn gesagt wird, daß landwirtschaftliche Betriebe von ungefähr 200 bis 300 000 ha Gesamtfläche noch in den nächsten zwei Monaten soweit ruiniert werden, daß sie nicht mehr in der Lage sind, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Es ist nicht so, daß etwa nur die größeren von 30 bis 50 ha aufwärts Besitz habenden Betriebe das Ablieferungssoll nicht erfüllen könnten und die Besitzer ihre Höfe verlassen haben, sondern auch eine ganze Reihe von Neubauern auf ihren Höfen nicht mehr lebensfähig sind. In sehr vielen Fällen haben die Bauern ihr Soll in pflanzlichen Produkten nicht erfüllen können, sondern es durch Vieh rigoros abdecken müssen. Das bedeutet, daß sie den Vieh-Aufzuchtplan nicht mehr erfüllen können, und daß der Betrieb ohne Hilfe nicht mehr gehalten werden kann. Es besteht für die Bauern auch kaum eine Möglichkeit, fehlende Ablieferungsmengen auf dem freien Markt zu erwerben, da sie durch die Einschaltung der Genossenschaften bei der Verrechnung ihrer Ablieferungsbeträge kaum noch bares Geld in die Hände bekommen.

Im Gesamtdurchschnitt ist das Ablieferungssoll in der DDR, wie in der Presse bekanntgegeben ist, nicht mit 100 % erfüllt, sondern allerhöchstens mit 80 %, trotzdem dabei die rigorosesten Mittel angewendet wurden und, wie gesagt, den Bauern Saatgut und Futtergetreide abgenommen worden sind. Die Deutsche Bauernpartei ist über die Entwicklung stark beunruhigt, da sie keine Möglichkeit mehr sieht, der Landwirtschaft mehr zu helfen. Von sachverständiger Seite wird auch bei bester Wetterlage damit gerechnet, daß die Ernte 1951 um mindestens 20 % hinter der Ernte von 1950 zurückbleibt. Durch den früheren Winter sind nur ca. 75 % des Wintergetreides im Gesamtdurchschnitt der DDR eingesät und ungefähr 70 - 80 % der Winterfurche ist umbrochen worden, so daß durch diese Tatsachen noch mit einem weiteren Absinken des Ernteertrages für das laufende Jahr zu rechnen ist.

Einen Stimmungsbericht über die Lage im Kreise Burg füge ich in der Anlage bei. Es ist dies aber nicht als Einzelfall zu werten, sondern die Dinge liegen ähnlich in der gesamten sowjetischen Zone.

16.1.51

~~SECRET CONTROL~~~~U.S. OFFICIALS ONLY~~

~~Abschrift~~

25X1A

Instrukteur-Bericht vom 12. Dezember 1950

Am 11. Dezember 1950 wurde der Kreis Burg b./Magdeburg von mir besucht, um den Notstand der Bauernschaft aufgrund des hohen Abgabesolls festzustellen. Nach Angaben des Kreisverbandes der CDU Burg und einiger landwirtschaftlicher Fachkräfte kennzeichnet sich das Gesamtbild wie folgt:

Der Kreis Burg steht mit dem Kreis Genthin im Wettbewerb. Das Abgabesoll ist bisher mit 92% an Kartoffeln und Getreide erfüllt. Die noch fehlenden 8% werden vom Landrat des Kreises Burg mit allen nur Verfügung stehenden Mitteln rücksichtslos eingezogen. Nach mehreren Feststellungen landwirtschaftlicher Fachkräfte ist die Verunschlagung der Bauernwirtschaften aufgrund der Bodenqualitäten zu hoch. Beim Vergleich mit Nachbarkreisen bestätigt sich dies ebenfalls. Das Kreisgebiet besteht zu 2/3 aus ertragsschwachen Süden, während im dritten Drittel noch 15,6% schwerer bindender Ton enthalten ist, der nur mit besten und schwersten Anspannkräften bearbeitet werden kann. Ein großer Teil dieses Tonbodens ist an Neubauern aufgeteilt, bei denen die Anspannverhältnisse bei weitem nicht ausreichend sind.

Der Erfolg ist, daß die Ertragsfähigkeiten dieses Tonbodens infolge seiner ungenügenden Bearbeitung um mehr als 50% zurückgegangen sind. - Das Ablieferungssoll für 1950 ist gegenüber den Jahren 1949 bei pflanzlichen Produkten um 68%, bei tierischen Produkten um 67% gesteigert worden (bei Kartoffeln um 28%, bei Milch um 53% und bei Eiern um 23%). Den maßgeblichen Experten des Kreises war bei Bekanntwerden dieser Sollzahlen bereits klar, daß zur Ernte die Sollverpflichtung nicht erreicht werden konnten, daß andererseits bei rücksichtsloser Durchzehrung der Erfassung schwere wirtschaftliche Schäden sämtlicher Betriebe eintreten würden. Es wurde deshalb vor Monatsfrist vom Kreis-

ung eine Resolution an den Landtag verfaßt unter Zugrundelegung amtlicher Zahlen aus den Jahren 1935 bis 1938 mit der Bitte, das Soll des Kreises Burg zu erniedrigen. Diese Resolution mußte aus wirtschaftspolitischen Gründen zurückgezogen werden und das festgelegte Soll des Kreises Burg blieb bestehen. Nach den amtlichen Zahlen aus den Jahren 1935 bis 1938 beträgt unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen (normale Anspannung, Versorgung mit natürlichem und künstlichem Dünger und Viehbestand) der durchschnittliche Ernteertrag für den Kreis 14 dz Getreide je ha. Das undifferenzierte Getreidesoll für das Jahr 1950 beträgt 10,7 dz. Zu diesen 10,7 dz ist eine Aussaatnorm von 1,2 dz je ha anzusetzen. Insgesamt bleiben also für den innerwirtschaftlichen Bedarf 2,1 dz je ha Getreideanbaufläche. Der innerwirtschaftliche Bedarf jedes einzelnen Betriebes beträgt also nur 15% für Viehfutter und Selbstversorgerbedarf. Nach feststehender landwirtschaftlicher Faustregel sind mindestens 40 % der Getreideernte für den innerwirtschaftlichen Bedarf jedes einzelnen Betriebes notwendig. Aufgrund der hohen Viehauflage (Viehvermehrungsplan) mußte für jeden einzelnen Betrieb 50 % der Getreideernte als innerwirtschaftlicher Bedarf vorgeschenken werden.

Zur Bestätigung dieser Angaben besuchte ich die Gemeinde Wenz im Kreise Burg und ließ mir auf dem Gemeindeamt einen ausführlichen Bericht über die Lage des Dorfes geben:

In der Gemeinde Wenz sind alle Bestände erfaßt und abgeführt, um die 100%ige Abgabe zu erreichen. Darunter befindet sich das nötige Saatgut und die Futtergrundlage für den innerwirtschaftlichen Bedarf der landwirtschaftlichen Betriebe. Als Futterkartoffeln mußten Kartoffeln allerbeester Sorte (Klasse Ia) abgeliefert werden. Landwirtschaftliche Betriebe des Dorfes bis zu 20 ha konnten das auferlegte

soll einigermaßen erfüllen. Betriebe über 20 ha sind nach Einsichtung des Solls nicht mehr lebensfähig.

Besondere Märsche entstanden in der Gemeinde durch Wasserschäden, die im Laufe des Sommers dem Landrat rechtzeitig gemeldet, aber die erst jetzt abgesetzt werden sollen, nachdem alle verfügbaren Bestände des Dorfes rücksichtslos abgeführt wurden. Das Getreidesoll des Dorfes ist mit 81 % erfüllt worden. 6 % sollen als Wasserschäden in Gutschrift gebracht werden. Diese 6 % Gutschrift für Wasserschäden entsprechen aber bei weitem nicht der tatsächlichen Lage. Es werden z.B. abgesetzt auf 17 ha Getreide 219 dz; es müßten aber abgesetzt werden 510 dz. Bei Kartoffeln werden abgesetzt 270 dz, es müßten aber 350 dz abgesetzt werden.

Ferner hat die Gemeinde schwer unter der Entscheidung des Landrates zu leiden, daß 1289 dz Kartoffeln, die als Arbeitsentgelt an Arbeitnehmer landwirtschaftlicher Betriebe aufgrund einer Verfügung vom 12. Oktober d.Js. auszugeben waren und im Abgabesoll verrechnet werden konnten, nun nicht im Abgabesoll verrechnet werden, da die Arbeitnehmer verabsäumt hatten, sich Einkellerungsmühne ausstellen zu lassen. Bei Anrechnung dieser Menge hätte die Gemeinde ihr Kartoffelablieferungssoll mit 102% erfüllt.

Vom Bürgermeister Menz wird bestätigt, daß bei der Erfassung Saatgetreide und die Puttergrundlagen für den landwirtschaftlichen Bedarf der Betriebe abgeführt wurden.

Daß das Abgabesoll des Kreises Burg besonders hoch veranschlagt sein soll, zeigt ferner ein Vergleich mit Nachbargemeinden des Kreises Belzig. So hat z.B. der Ort Werbig des Kreises Burg ein 50% höheres Abgabesoll als die wenige Kilometer entfernt gelegenen Dörfer des Kreises Belzig mit gleichen Bodenverhältnissen.

Geschätzter und bestätigter Wildschaden des vergangenen Jahres der

Gemeinde verbig ist bis heute noch nicht abgesetzt worden.

Zur Vervollständigung des Bildes würden wir vom Kreisverband Burg noch folgende Beispiele unterbreitet:

In dem Betriebe des Willi Richter in Ladeburg wurde die Ablieferung so durchgeführt, daß das notwendige Saatgut für die Hungert fällige Herbstbestellung mit abgeführt werden mußte. Es fehlen diesem Betrieb für die Herbstbestellung 10 Ztr. Weizen, um 10 Morgen Weizen zu bestellen. Derselbe Fall liegt bei einem Neubauern in Grabow vor, der noch 10 Morgen Roggen zu bestellen hat und bei dem das Saatgut ebenfalls bereitstand, aber abgeführt werden mußte. Der Erfassungskontrolleur, darauf aufmerksam gemacht, erklärte, daß zuerst das Soll zu erfüllen sei. Die Zahl der Betriebe, die kaum noch Brotgetreide für ihren eigenen Bedarf und Futtermittel für ihren Viehbestand und darüber hinaus kein Saatgetreide mehr für die Frühjahrsbestellung haben, steigert sich aufgrund eingehender laufender Meldungen täglich. Bezeichnend für die wirtschaftliche Notlage der Bauernschaft ist der Fall Ballerstädt in Wörmlitz, ein Betrieb von 48 ha. Dem Betriebsinhaber ist vom Arzt ein Attest ausgestellt worden, daß er unter starker Unterernährung leidet. Der Betrieb hat infolge hoher Sollauflagen seit 5 Jahren nicht schlachten können. Ein weiterer bezeichnender Fall ist der Betrieb Michael in Parchau. Der Betrieb hat eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 59 ha. Auf dem Betrieb befinden sich 6 Pferde, 18 Stck. Hindvieh, 26 Schweine, 39 Schafe. Der Betrieb konnte seinen Sollverpflichtungen nicht nachkommen. Die Betriebsinhaberin wurde bestraft, ist aber mit ihrer Familie nach dem Westen abgewandert. Bei der darauf folgenden Inventuraufnahme am 8. Dezember d.Js. wurden folgende Mengen festgestellt:

150 Ztr. Kohlwiesen,

76 " Saatkartoffeln, die in der Zwischenzeit für den Konsumsektor erfaßt wurden,

~~SECRET CONTROL~~

OFFICIALS ONLY

- 5 -

~~25X1A~~

Über die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ab 1. Januar 1951 vom 22. Dezember 1950.

Zur Durchführung einer weiteren schrittweisen Abschaffung des Karten-
systems hat der Ministerrat in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1950
folgendes beschlossen:

3

In der Deutschen Demokratischen Republik wird in der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung das Kartensystem ab 1. Januar 1951 mit Ausnahme von Fleisch, Fisch, Eiern, Milch, Fett, Zucker und allen daraus hergestellten Erzeugnissen aufgehoben.

2

Roggenmehl und alle Erzeugnisse aus Roggen, Gerste und Hafer, ferner Hülsenfrüchte sind zum gegenwärtigen Kartenpreis frei zu verkaufen. Die Preise bei den Staatlichen Handelsorganisationen (HO) sind ab 1. Januar 1951 auf diese Preise zu senken.

6

Für Weizenmehl und alle Erzeugnisse aus Weizen sind die Preise in den Staatlichen Handelsorganisationen (HO) ab 1. Januar 1951 zu senken und wie folgt festzulegen:

1 Brötchen (45 g)	DM 0,06
1 kg Weizenbrot aus Weizenmehl 78%iger Ausmahlung"	1,23
1 kg Weizenmehl 40%iger Ausmahlung	" 1,70
1 kg. Weizenmehl 72%iger Ausmahlung	" 1,33
1 kg Weizenmehl 78%iger Ausmahlung	" 1,28

Die vorstehenden Preise sind die neuen einheitlichen staatlichen Preise für den freien Verkauf von Weizenmehl und Weizenmehlproduktten. Für alle nicht genannten Weizenerzeugnisse hat das Ministerium der Finanzen entsprechende Preisordnungen zu erlassen.

1

Die Sozialversicherungsbeiträge der Lohn- und Gehaltsempfänger mit einem monatlichen Bruttoeinkommen bis zu DM 400.-- werden wie folgt gesenkt:

Für jedes unterhaltungspflichtige Kind bis zum vollendeten 6. Lebensjahr wird der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger monatlich um DM 6.- gesenkt.

für jedes unterhaltungspflichtige Kind vom 6. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr wird der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger monatlich um DM 2.— gesenkt.

1

(1) Der Kinderzuschlag zur Sozialversicherungsrente sowie zur Sozialfürsorgeunterstützung wird für jedes Kind bis zum vollendeten 6. Lebensjahr um DM 6,-- und für jedes Kind vom 7. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr um DM 2,-- monatlich erhöht.

(2) Die Waisenrente wird für Waisen bis zum vollendeten 6. Lebensjahr um DM 6.-- und für Waisen vom 7. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr um DM 2.-- monatlich erhöht.

- 2 -

(3) Der Pflegegeldsatz wird für Pflegekinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr um DM 6.-- und für Pflegekinder vom 7. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr um DM 2.-- monatlich erhöht.

(4) Die Erhöhungen entsprechend Ziff. 1 bis 3 werden nicht gewährt, wenn auf Grund beitragspflichtiger Einkünfte die Beiträge zur Sozialversicherung gemäß § 4 gesenkt worden sind.

§ 6

Die monatliche Zuckerration wird erhöht:

- a) für Kinder von 8 - 15 Jahren um 100 g auf 1000 g
- b) für Kranke in allgemeinen Krankenhäusern, Infektionskrankenhäusern, Tbc-Krankenhäusern und - Sanatorien, Bergarbeiter-Krankenhäusern und - Sanatorien und Kinder in Heimen und Internaten um 150 g
- c) für Bauern in Wirtschaften bis zu 20 ha, sowie sie nicht selbst Zuckerrüben bauen, und ihre als Vollselbstversorger geltenden Zivilangehörigen, sowie für Landarbeiter und ihre Familienangehörigen, soweit sie als Vollselbstversorger gelten, um 200 g.

§ 7

Dem Magistrat von Berlin werden zusätzlich Lebensmittel zur Verfügung gestellt, die ab 1. Januar 1951 folgende Verbesserung in der Versorgung der Bevölkerung im demokratischen Sektor von Berlin ermöglichen:

- a) eine Erhöhung der monatlichen Zuckerration

für Kinder von 0 - 2 Jahren um 550 g auf 1.600 g
" " 2 - 6 " " 400 " " 1.600 g
" " 6 - 9 " " 100 " " 1.600 g

- b) die Aufhebung der Rationierung für Getreideerzeugnisse und Hülsenfrüchte entsprechend der Regelung für die Deutsche Demokratische Republik, wobei die Preise für Roggenmehl und alle Erzeugnisse aus Roggen, Gerste und Hafer, sowie Hülsenfrüchte in Höhe der jetzigen Kartenpreise festgesetzt werden und für Weizenmehl und Weizenprodukte die gleichen Preise wie in der Deutschen Demokratischen Republik zur Anwendung kommen können.

§ 8

Verstöße gegen diese Verordnung, insbesondere solche, die die bessere Versorgung durch Spekulation schädigen oder gefährden, werden nach den geltenden Strafbestimmungen bestraft.

§ 9

Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erlässt das Ministerium für Handel und Versorgung

SECRET CONTROL

REF ID: A6548 OR

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R007800050006-4
Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ab 1. Januar 1951
 vom 22. Dezember 1950.

Auf Grund des § 8 der Verordnung über die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ab 1. Januar 1951 von 22.12. 1950 wird folgendes bestimmt:

- 1.) Die Letztverbraucher decken ihren unmittelbaren, normalen persönlichen Bedarf an den ab 1. Januar 1951 nicht mehr rationierten Lebensmitteln beim Einzelhandel.
- 2.) Die Warenbereitstellung für den Einzelhandel erfolgt auf der Grundlage des Kreisversorgungs- bzw. Handelsplanes für das jeweilige Quartal.
- 3.) Die Handelsorganisation HO und Konsumgenossenschaften erhalten wie bisher auf der Grundlage ihrer Handelspläne Lieferanweisung vom zuständigen Amt für Handel und Versorgung.
Für den Transport ist auch weiterhin der Warenbegleitschein erforderlich.
- 4.) Der sonstige Einzelhandel gibt seine Bestellungen bei dem von ihm gewünschten Lieferanten auf. Diese Bestellungen sind von dem Lieferanten listenmäßig mit folgenden Angaben zusammenzufassen:
Name und Anschrift des Bestellers, Bestellzeitraum, Warenart und Warenmenge.
Die Lieferanten erhalten gegen Abgabe der Bestell-Listen Lieferanweisungen bis zu einer Höhe von jeweils einem Drittel des planmäßigen Quartals-Kontingentes.
Für den Transport ist auch wie bisher der Warenbegleitschein erforderlich.
- 5.) Großverbraucher, wie Werkküchen, Krankenhäuser, Kinder- und Ferienheime, Schulen, sonstige Gemeinschaftsverpflegte, sowie Speisewirtschaften erhalten vom zuständigen Amt für Handel und Versorgung Lieferanweisungen über die zur Deckung des normalen monatlichen Bedarfserforderlichen Mengen für die von Ihnen zu verpflegenden Personen. Die Lieferanweisungen werden auf Antrag der Großverbraucher ausgegeben. Der Antrag muß neben der Warenart und -menge Angaben über die Anzahl der zu verpflegenden Personen enthalten
- 6.) für die im Versorgungsplan besonders ausgewiesenen Bedarfsträger bleibt die bisherige Regelung bestehen.
- 7.) Die Abrechnung über die Warenbewegung auf Formblatt NA bleibt bestehen.

Die Abrechnung nach Verordnung 25 entfällt für die nicht mehr rationierten Lebensmittel. An ihre Stelle tritt ab Monat Januar 1951 folgende Regelung:

Der Einzelhandel meldet dem zuständigen Amt für Handel und Versorgung die monatlichen Endbestände und die Warenausgänge für den jeweils abgelaufenen Monat bis zum 6. des darauffolgenden Monats.

ges: Dr. H a m a n n
 Minister

SECRET CONTROL

U.S. OFFICIALS ONLY

Deutsche Demokratische Republik
Ministerium für Handel und Versorgung
- Minister -

Berlin, den 20.12.1950

25X1A

Betr.: Maßnahmen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Rationierung für alle Getreide-Erzeugnisse und der Senkung der HO-Preise.

Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Rationierung und der Senkung der HO-Preise für alle Getreideerzeugnisse ab 1. Januar 1951, werden in der Deutschen Demokratischen Republik und im Demokratischen Sektor von Berlin folgende Maßnahmen angeordnet:

- 1.) In der Zeit vom 27. - 31.12.1950 sind verantwortliche Mitarbeiter und der gesamte Kontroll-Apparat der Ministerien für Handel und Versorgung in den Ländern und der Ämter für Handel und Versorgung in den Stadt- und Landkreisen für einen Sonder-Kontrollauftrag einzusetzen:

Am 27.12.1950 sind in allen Landeshauptstädten mit den Kreisräten bzw. Dezernatsleitern und den Leitern der Kontroll-Abteilung aus den Stadt- und Landkreisen Arbeitsberatungen über diesen Einsatz durchzuführen.

Die vom Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik eingesetzten Instrukteure nehmen an dieser Arbeitsberatung in den Ländern teil.

Die am Sonnabend, den 23.12.1950 anlässlich der Arbeitsberatung im Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik gestellten Aufgaben bilden den Inhalt der Arbeitsberatungen in den Ländern.

- 2.) Der Kontrollauftrag bezieht sich auf folgende Feststellungen und Überprüfungen:
 - a) Sind die per 31.12.1950 den zuständigen Ämtern für Handel und Versorgung gemeldeten Bestände in Übereinstimmung mit den tatsächlich vorhandenen Vorräten.
 - b) Sind ausreichende Bestände in allen aus der Rationierung herausfallenden Erzeugnissen zur Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung vorhanden.
 - c) Der Warenweg aller Getreide-Erzeugnisse, einschl. Hülsenfrüchte ist zu überwachen. Dabei ist das Schwergewicht der Überprüfungen auf den Weg der Ware von der Mühle zum Großhandel und vom Großhandel zum Kleinhandel zu legen.
 - d) Unklarheiten über restliche Ablieferungsverpflichtungen in Getreideerzeugnissen müssen beseitigt werden. Es ist klarzustellen, daß die Aufhebung der Rationierung nicht bedeutet, daß für die ablieferungspflichtigen Erzeuger auf die Soll-Erfüllung verzichtet wird.

Es ist klarzustellen, daß die rechtzeitige Erfüllung des Ablieferungssolls die Voraussetzung ist für die Aufhebung der Rationierung und die Bedarf befriedigung der Verbraucher.

- 3.) Die bei den Überprüfungen und Kontrollen gemachten Feststellungen und Erfahrungen sind sorgfältig zu analysieren. Es ist mindestens notwendig, dabei zu überprüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um sicherzustellen, daß Spekulationen, Veruntreuungen und Sabotage verhindert werden.

Selbstverständlich müssen bei derartigen Feststellungen die entsprechenden Stellen der Polizei bzw. der Kontroll-Kommission oder das Amt für die Kontrolle des Warenverkehrs unterrichtet werden.

U.S. OFFICIAL COPY

- 2 -

4.) Die Kontrolle im Demokratischen Sektor von Berlin und in den Randgebieten Berlins sind besonders sorgfältig durchzuführen. Die Auswirkungen, die sich durch den Einkauf der Bevölkerung aus Westberlin ergeben, sind sorgfältig zu analysieren. Es muß sichergestellt werden, daß nicht über den Handel Lieferungen in die Westsektoren von Berlin erfolgen.

Das Amt für die Kontrolle des Warenverkehrs ist veranlaßt worden, die notwendigen Maßnahmen vorzubereiten.

5.) Die Berichte über die durchgeführten Kontrollen sind zu folgenden Terminen zu erstatten:

Für die Periode vom 26. bis 31.12.1950 am 3.1.1951
an die Kontrollabteilung des Ministeriums für Handel und Versorgung
~~xxxix~~ der Deutschen Demokratischen Republik,
an die Landesregierung am 3.1.1951.

Die Berichterstattungen für die Periode vom
2. bis 7.1.1951 und vom
8. bis 13.1.1951

soll zu den entsprechenden Terminen d.M. am 9. bzw. 15.1.51 erfolgen.

Sie muß sich auf die Ziffer 2a - d, 3 und 4 aufgeführten Kontroll-Aufgaben erstrecken.

6.) Ab 2.1.51 sind täglich, vorläufig bis zum 15.1.1951 einschließlich durch die Ämter für Handel und Versorgung von dem Großhandel bzw. bei unmittelbarer Belieferung von den Produktionen - betriebenen Meldungen über die Warenabgänge an den Einzelhandel und die Großverbraucher anzufordern. Die meldepflichtigen Betriebe sind dafür verantwortlich, daß die Meldung noch am gleichen Tage bei den Ämtern für Handel und Versorgung eintrifft. Die Zusammenfassung bei den Ämtern für Handel und Versorgung der Kreise hat anschließend unverzüglich zu erfolgen. Die Kreiszusammenstellung wird an die Landesregierung in der gleichen Nacht fernmündlich durchgegeben.

Die Landesregierungen melden dem Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik bis 8 Uhr früh das Landesergebnis. Es sind lediglich die Gesamtzahlen, nicht die einzelnen Kreiszahlen zu ermitteln.

Mit dem Ministerium für Forst- und Fernmeldewesen wurde die Vereinbarung getroffen, daß alle zu diesem Zweck geführten Ferngespräche im Vorrang abgefertigt werden, wobei das Stichwort "Handel und Versorgung" anzugeben ist. Es wird empfohlen neben dieser Möglichkeit auch die Inanspruchnahme des Nachrichtengesetzes der Bahn (Bassa) vorzubereiten, damit eine beschleunigte Übermittlung erforderlichenfalls auf verschiedenen Wegen gewährleistet ist.

7.) Die meldepflichtigen Betriebe melden ebenso wie die Kreisverwaltungen die Positionen

a) Weizenmehl insgesamt (40%, 72%, 78%)

b) Weizengries

c) Teigwaren

(entsprechend dem in der Anlage beigelegten Muster)

d) für Roggenmehl insgesamt (75%, 88%, 99%)

sind nur Berlin und die an die Westsektoren Berlins angrenzenden Kreise des Landes Brandenburg meldepflichtig
Anzugeben ist für den Berichtszeitraum der Anfangsbestand, der Zugang und der Abgang an den Einzelhandel und die Großverbraucher.

- 3 -

8.) Die Landesregierungen sind verpflichtet, jeden 6. Tag außer dem zusammengefaßten Landesergebnis, die Kreisergebnisse nachts fernmündlich durchzugeben.
Für diese Berichterstattung werden folgende ~~zukünftige~~ Termine festgelegt:

Brandenburg:	am	6.	und	12.	1.	1951
Sachsen :	am	7.	"	13.	1.	1951
Sachsen-Anhalt "	8.	"	14.	1.	1951	
Thüringen "	9.	"	15.	1.	1951	
Mecklenburg "	10.	"	16.	1.	1951.	

9.) Um einen Vergleich mit dem Verbrauch an Weizenmehl, Weizengries, Teigwaren (für Berlin und die an Berlin grenzenden Kreise des Landes Brandenburg einschließlich Roggenmehl) mit früheren Zeiträumen zu ermöglichen, gegen die Landesregierungen und Berlin uns (?) bis zum 30.12.1950 fernschriftlich für Weizenmehl, Weizengries, Teigwaren den durchschnittlichen Tagesverbrauch im Landes- und Kreismaßstab für den Monat

Januar 1950 und die Monate
Oktober/November 1950

auf.

Die entsprechenden Kreiszahlen haben die Landesregierungen von den Kreisen anzufordern und zur Beobachtung der jetzigen Warenabgänge heranzuziehen,

10.) Jeder Kreis soll seiner zuständigen Landesregierung und die Landesregierung ihren Kreisen am 28.12.1950 mitteilen, welche Telefon-Apparate in den Verwaltungen ab sofort Tag und Nacht besetzt sind.

Unter den angegebenen Nummern müssen jederzeit verantwortliche Mitarbeiter erreichbar sein. Die Entscheidungen treffen können, sodaß auftauchende Schwierigkeiten schnell überwunden werden können.

Die Kreisverwaltungen sollen diese Telefon-Nummern außerdem den Produktionsbetrieben und Handelsorganen mitteilen, damit Störungen rechtzeitig überwunden werden können.

Die Landesregierungen melden ebenfalls am 28.12.50 dem Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik unter Hausanschluß-Nr. 2833 und 2276 die bei ihnen Tag und Nacht besetzten Apparate.

Es wird für erforderlich gehalten, sowohl in den Ländern, wie in den Kreisen nicht nur die Hauptabteilungen bzw. Abteilungen für Handel und Versorgung, sondern außerdem die Hauptabteilungen und Abteilungen für Lebensmittelindustrie Tag und Nacht besetzt zu halten. Es muß durch diese Maßnahmen gewährleistet werden, daß auch die Handelsorgane und die Produktionsbetriebe jederzeit die Möglichkeit haben, unmittelbar Verbindung mit den Verwaltungen für Handel und Versorgung aufzunehmen, damit durch schnelle Hilfe und Beseitigung von Schwierigkeiten die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann.

Die Landesregierungen sollen außerdem dem Ministerium für Handel und Versorgung spätestens am 29.12.1950 die in den Stadt- und Landkreisen besetzten Apparate bekanntgeben.

Das Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik wird den Landesregierungen die hier besetzten Apparate ebenfalls mit dem Ersuchen mitteilen, die Kreise entsprechend zu informieren.

SECRET CONTROL

- 4 -

- 4 -

11.) Hinsichtlich der zur Bevorratung der Betriebe und des Handels erforderlichen Mengen wird auf das anliegende Schreiben vom gleichen Tage verwiesen.

Die Handelsorganisationen HO und die Konsumgenossenschaften erhalten die in den Handelsplänen ausgewiesenen Mengen, unter Berücksichtigung der bereits zur Bevorratung freigegebenen, wie bisher durch Quartals-Lieferanweisungen von den Ämtern für Handel und Versorgung und führen den Transport mit den selbst ausgeschriebenen und unterstempelten Warenbegleitscheinen durch.

Der Anteil des Privaten Einzelhandels wird wie bisher durch die Kreis-Versorgungspläne festgelegt. Nach der Bevorratung wird der private Einzelhandel wie folgt beliefert.

Der private Einzelhändler bestellt seinen Bedarf beim Großhändler. Dieser legt eine Liste über die Bestellungen seiner Einzelhändler, aufgegliedert nach Warenarten, an und beantragt beim zuständigen Amt für Handel und Versorgung eine Lieferanweisung. Die jeweils auszustellende Lieferanweisung soll V3 des Quartals-Kontingents nicht übersteigen.

12.) Die Abrechnung nach Befehl 63 (?) bleibt bestehen. Die schon jetzt meldepflichtigen Betriebe bleiben weiterhin meldepflichtig. Es ist besonders darauf zu achten, daß die Abrechnung nach Befehl 155 (?) hinsichtlich der am 1.1.51 aus der Rationierung genommenen Warenarten durch die Ämter für Handel und Versorgung sorgfältig überprüft wird.

13.) Die Abrechnung nach VO 25 entfällt für die nicht mehr rationierten Waren. An ihrer Stelle gilt folgende Regelung:

Die Einzelhandelsbetriebe melden künftig den Ämtern für Handel und Versorgung für die aus der Rationierung herausgenommenen Waren die Bestände am Monatsende, sowie die Warenzugänge im Laufe des Monats jeweils bis zum 6. des folgenden Monats. Aus diesen Meldungen werden vom Amt für Handel und Versorgung die an die Letztverbraucher umgesetzten Mengen errechnet (Anfangsbestände - Zugang - Endbestand - umgesetzte Menge). Die zum 10. des Monats haben die Ämter den Landesregierungen und bis zum 15. die Landesregierungen dem Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik die im Einzelhandel umgesetzten Mengen sowie die Einzelhandels-Endbestände zu melden.

Als Vergleichszahl ist in diesen Meldungen der durchschnittliche Monatsabsatz der letzten 3 Monate anzugeben.
Übersteigt der Monatsabsatz in

Roggenerzeugnissen (auf Mehrlbasis bei 99%iger Ausmaßlung)

Gerstenerzeugnissen (auf Basis 68%iger Ausbeute)

Hafererzeugnisse (auf Basis 52%iger Ausbeute)

Hülsenfrüchten

den bisherigen Bezug um mehr als 10%, dann soll eine Analyse Aufschluß über die Ursache geben.

Bei Weizenerzeugnissen ist der erhöhte Bedarf unter Berücksichtigung der neu festgesetzten Verbraucherpreise zu analysieren.

Diese Meldungen sind ebenfalls für die Lebensmittel-Verkaufsstellen der Handelsorganisation HO und der Konsum-Genossenschaften einzuführen.

14.) Es ist unbedingt sicherzustellen, daß bei nicht mehr rationierten Nahrungsgütern eine vorrangige Belieferung der Gemeinschaftsverpflegten und Werkküchen durch den Großhandel stattfindet. Wegen

- 5 -

besserer Kontrollmöglichkeiten wollte die Belieferung möglichst über HO oder Konsum angestrebt werden. Zweckmäßig erscheint es, daß das Amt für Handel und Versorgung für diese Großverbraucher Lieferanweisungen ausstellt und dem Lieferanten mindestens ausmündigt.

15.) Den Ministerien für Handel und Versorgung in den Ländern und den Ämtern für Handel und Versorgung in den Stadt- und Landkreisen wird zur Pflicht gemacht, mit den verantwortlichen Mitarbeitern der Handelsorganisation HO, der Konsumgenossenschaften und den Handwerkskammern Arbeitsberatungen am

28.12.1950

durchzuführen.

Die handwerklichen Betriebe und die Verkaufsstellen müssen aufgefordert werden, alle ihre Kräfte einzusetzen, damit der erhöhte Bedarf der Bevölkerung voll gedeckt werden kann. Es ist notwendig, daß alle beteiligten Stellen ihre ganze Initiative einsetzen und jede Unterstützung gewähren.

Die Kreisvorsitzenden sollen spätestens zum 29.12.1950 die entsprechenden Arbeitstagungen durchzuführen.

Falls der Bedarf der Bevölkerung wegen mangelnder Kapazität nicht voll gedeckt werden kann, sollen die Bürgermeister und Landräte auf die Kaufleute und Handwerker durch persönliche Unterredung einwirken, damit zur vollen Deckung der Versorgungsansprüche notfalls in ~~mindestens~~ mehreren Schichten gearbeitet wird.

Um allen Irrtümern vorzubeugen, wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Aufhebung der Rationierung bedeutet, daß die bisher auf Karten versorgten Verbraucher ihren Bedarf beim Kleinhandler uneingeschränkt decken können.

Die jetzt eingeleiteten Maßnahmen dienen der weiteren Normalisierung des Lebens. Sie setzen voraus, daß die Bevölkerung normale Mengen einkauft und das Spekulanten nicht durch Hamsterkäufe die Versorgung der Bevölkerung desorganisieren. Bei den durchgeföhrten Kontrollen ist es doch deshalb notwendig, auf die von den Verbrauchern bezogenen Mengen zu achten.

Es wird auf die Erfahrung bei der Aufhebung der Rationierung mit Kartoffeln verwiesen.

Die Verteilung der Waren geschieht nach wie vor auf der Grundlage unserer Pläne und erstreckt sich über alle Stufen, bis auf die letzte vom Groß- an den Kleinhandel.

Um alle Mitarbeiter im gesamten Apparat der Verwaltungen für Handel und Versorgung, die im Zuge dieser Maßnahmen großen und verantwortungsvollen Aufgaben zu lösen haben über die besondere Bedeutung des Beschlusses der Regierung gründlich zu informieren, wird empfohlen, Belegschaftsversammlungen durchzuführen und sicherzustellen, daß in der Periode vom

27.12.1950 - 10.1.1951

Urlaub nicht gewährt wird.

Die vom Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik in die Länder entsandten Instrukturen sind ausdrücklich verpflichtet worden, ebenfalls alle ihre Kräfte einzusetzen, um die Länder und Kreise bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

ges: Dr. Hanan

- 6 -

SECRET CONTROL
U.S. OFFICIALS ONLY

6

Meldung über Warenabgänge am Einzelhandel und Großverbraucher
am Januar 1951
Weizennmahl (40, 72, 78 %)

Kreis	Durchschn. Tagesverbr.	Anfangs- bestand	Zu- gang	Abgang a. Einz. hdL n. Gr. Verbr.	Entsprechende Spalten für Weizengries Teigwaren Kuggemehl)
-------	---------------------------	---------------------	-------------	--	--

Land Irrigation

**SECRET CONTROL
U.S. OFFICIALS**

**Nationale Front
der demokratischen Deutschland
Stadtbezirksausschuss 2**

25X1A

**A u s s u c h
aus den Arbeitspapieren für die Monate Januar und Februar 1951.**

Zur uns gilt es ebenso entschlossen zu kämpfen für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres deutschen Volkes. Der Tag 4. November wurde uns durch die Preger Befreiung aufgedikt, die auf Initiative der Sowjetunion gefeiert werden.

Die große patriotische Tat unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am roten Balken hilft es den Bundeskanzler Dr. Adenauer ist die gewaltiger Beitrag zur Erhaltung der Freiheit unseres Vaterlandes. Es gilt jetzt, die Menschen in Ost und Westdeutschland zum entscheidenden Kampf um die Errichtung dieses Staates, möglichst auch der Wiederaufbau des Friedens in Europa zu antreten, zu mobilisieren. In diesem Kampf stehen wir Deutschen nicht allein, sondern mit uns steht die gesamte sozialdemokratische Weltfriedensfront mit den grossen Sowjetunionen an der Spitze, mit uns stehen die volkdemokratischen Staaten, die um ihre Freiheit ringenden kolonialen und abhängigen Völker, sämtliche friedeliebende Menschen in der ganzen Welt.

Die Stärke des Friedenslagers wurde eindeutig durch die 2. Weltfriedenskonferenz in Varsovia bewiesen, deren Beschluss wegweisend sind für den Kampf um den Frieden.

Ein weiterer grosser Schritt im Kampfe gegen die Kriegstreiber, im Kampfe für den Frieden, ist das am 15. Dezember 1950 erlassene Gesetz zum Schutz des Friedens.

Unsere Aufgabe ist es unermüdlich besonders nachzuhören, um auch jede noch so versteckte Kriegslist zu entlarven und den Siegessieg des Friedens zu legen.

Alle Mitarbeiter der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands haben unermüdlich ganz besonders aufklärend zu wirken, um unserer Bevölkerung das Vertrauen zu geben, die Feinde unseres deutschen Volkes zu entlarven und unsere Bevölkerung von der Notwendigkeit des verstärkten Kampfes um den Frieden und den Kampfes um die demokratische Freiheit unseres Vaterlandes zu überzeugen.

Zur Organisierung der Entfaltung einer Volksbewegung für die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates, zur Stärkung der Friedensbewegung, zur Verbesserung der Aufklärungsarbeit, für eine erfolgreiche Wahlteilnahme zur Sicherung unserer fünf Wahlplätzen und zur Verbesserung der Organisationsfragen stellt sich der Stadtbezirksausschuss 2 der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands folgende Aufgaben für die Monate Januar und Februar 1951, die es unabdingt zu lösen gilt:

1. Weiterer Ausbau der Volksbewegung für die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates und verstärkte Aufklärung nach dem Prinzip:

Die Beschlüsse der Preger Ausschusssitzungen, die in den 4 Punkten festgehalten sind, haben in allen Kreisen der Bevölkerung und darüber hinaus in ganz Deutschland grosse Interesse erregt und sollen mit Begeisterung aufgenommen werden. Alle friedeliebenden Menschen müssen, dass die Preger Befreiung uns den Tag der demokratischen Freiheit unseres Vaterlandes und den Frieden wünschen. Der Tag der

SECRET CONTROL

unseren Ministerpräsidenten an Dr. Schröder ist ebenfalls lebhaft besprochen worden und wird stark diskutiert. Immer lauter wird die Forderung nach einem gesamtdeutschen Konstitutionssudet. Das muss geschehen nationale Einigung aller ehemaligen Polnisten in ganz Deutschland gilt es zu verbreiten und zu festigen. Unsere Lösung, die Lösung aller Deutschen muss sein:

"Deutsche an einen Frieden"

Wir sind folgende Aufgaben zur Durchführung zu bringen:

- a) In allen Betrieben, Verwaltungen, Schulen und den Gemeinden ist der Brief Otto Grotewohls in Verbindung mit den vier Punkten der Prager Ausstellungskonferenz zu diskutieren mit dem Ziel, eines regen Briefwechsels mit Westdeutschland in die Wege zu leiten. Dieser Briefwechsel ist von den Aufklärungsgruppen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu organisieren.
- b) Die Antwortbriefe sind nach Möglichkeit den Stadtbezirksausschüssen sowie sozialen Zwecken Ausarbeitung in der Presse, den Zeitungen und in den Versammlungen. Es muss erreicht werden, dass aller Briefwechsel mit Westdeutschland mit der Forderung nach einem einheitlichen friedlichen demokratischen Deutschland verbunden wird. Bei diesem Briefwechsel ist immer wieder auf die Hilfe und Unterstützung bei unserem friedlichen Aufbau seit 1945 und die Friedenssicht der sozialen sowie ihrer kommunistischen Partei für die Freiheit Deutschlands und einen Friedensvertrag auf der Grundlage des Potsdamer Abkommen "Munitionen".
- c) Wo in unserem Stadtbezirk laufend zu Besuch weilenden westdeutschen Brüder und Brüder sind durch die besten aktivsten und klarsten Aufklärer ständig zu besuchen. Sie sind aufzuklären über unseren Kampf um die Zukunft unseres Vaterlandes und den Frieden. Sie müssen für diesen Kampf gewonnen werden.
- d) Eine sehr wichtige Aufgabe für unsere Aufklärer ist die Feststellung der Menschen, die beschwadise mit dem Westen führen. Ihnen gilt es, besondere Beziehung zu widmen, damit sie gut und richtig in Westdeutschland argumentieren können.

Vorstand: 1. Abteilung für Aufklärung und Werbung und Abteilung Sozialung.

- II. Stärkung der Friedensbewegung durch aktive Unterstützung. Die Imperialisten verstinken auf Grund ihrer Niederlage in Korea die Machtstellung in Europa. Sie besitzen sich, mit Westdeutschland zur Basis für einen neuen Krieg zu machen. Es ist unsere Aufgabe, alle Menschen mittels der Aufklärungsgruppen mit den neuen Punkten, den Forderungen des 2. Weltfriedenskongresses in Narbonne und den Gesetz zum Schutz des Friedens vertraut zu machen und sie zu aktivem Friedenkampf einzubauen.

Folgende Aufgaben ergeben sich hieraus:

- a) In jedem Haus, in jedem Raum, Haus- oder einer Straße sind Friedenskomitees zu bilden, soweit nicht sechs Haushalte der Nationalen Front bestehen.
- b) Jedes gebildete Friedenskomitee ist von den Aufklärungsgruppen des Stadtbezirksfriedenskomitees und des Stadtbezirksausschusses der Nationalen Front ausgestattet.

Die Aufklärung ist grundlegend zu verbessern und nach oben genau festgelegt um Pläne durchzuführen.
Die Anzahlung der Instrukteure (Aufklärungsleiter) der Sozialen und Verwaltungen findet jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Seminarraum des Deutschen Hauses, Haberstraße 4, um 17 Uhr unter den Aufklärungsleiter des Stadtbezirksausschusses statt.

Vorstandsvollz.: Abteilung Schaltung.

b) Besatz der Aufklärungsgruppen.

Jede Aufklärungsgruppe betreut weiterhin wie vor Vorbereitung der Volksschulen die gleichen Häuser und Familien. Organisatorisch wird jeder Aufklärer auf den von Kreisausschuss neu erzeugten Kombinat übertragen, auf dem er gleichzeitig auch seine Unterschrift als Mitarbeiter zur Betreuung bestimmter Häuser oder Familien gibt.

Vorstandsvollz.: Abteilung für Aufklärung und Werbung.

c) Aufklärungskale.

Das Zentrum der Aufklärungsarbeit in jedem Wahlbezirkshauses muss das Aufklärungskale sein. Die Aufklärungskale sind zu Musterkahlen auszuarbeiten. In ihnen finden die nach einem genau festgelegten Plan durchgehenden wöchentlichen Veranstaltungen, Diskussionen etc. statt. Die Popularisierung der Veranstaltungen übernehmen die Aufklärungsgruppen. Für die Durchführung, die Kontrolle und die Leitung der Veranstaltungen ist die Leitung des Aufklärungskales verantwortlich.

Vorstandsvollz.: Organisationskommission
Veranstaltungskommission.

d) Sicherstellung.

Die Aufklärungsgruppen müssen bei ihrer regelmäßigen Aufklärungsarbeit erreichen, dass immer mehr Menschen sich bereit erklären, persönliche Informationen an den Hausarbeiter zu übertragen. Als Maßnahmen sind die vier Punkte der Prager Beschlüsse, vor allem die Bedeutung nach einem gesamtdeutsch konstituierenden ist, die neuen Befreiungen der 2. Weltfriedenskonferenz und der Punktjahrplan zu verwenden.

Vorstandsvollz.: Aufklärungsleiter.

e) Literatur.

Alle Mitglieder und Hauvertreter eines Hauses müssen es als ihre Pflicht ansehen, bei ihrer Arbeit Abzüge für die Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland "Däitschland Stimme" zu werben. Es muss erreicht werden, dass mindestens in jedem Haus des Stadtbezirkes ein Exemplar dieser Zeitschrift gelassen wird.

Vorstandsvollz.: Literaturkommission.

f) Veranstaltungen.

Für die Monate Januar und Februar sind konkrete Pläne auszuarbeiten über durchzuführende Veranstaltung an:

1. Monatlich eine Veranstaltung für die wandsitzenden Besucher innerhalb unseres Stadtbezirkes.
2. In Verbindung mit den Leitungen der Aufklärungskale sind Pläne aufzustellen für die Durchführung von Veranstaltungen, Versammlungen usw. in den Aufklärungskalen.

a) Unter Aufsicht und die Unterstützung und mit der Nationalen Front des demokratischen Deutschland haben die Verpflichtung, die Arbeit der Friedenskomitees zu unterstützen. Jedes Friedenskomitee muss es sich zur Unterstützung der "außärer wischen Plan zu erstellen und diesen" zu arbeiten. In diesem Plan sollen nachstehende Punkte verankert sein:

1. Feierliche Festlegung von Versammlungs- und Diskussionsorten (möglichst alle 14 Tage).
2. Festlegung desjenigen, der die an diesen Versammlungen Reden darf, um sie von der Notwendigkeit der Mitarbeit zu überzeugen.
3. Gute Festlegung der Siebtverteilung in und an den "außären".
4. Der Briefwechsel mit Behörden und Verbänden in Westdeutschland muss organisiert und ausgewertet werden. Adressen können gegebenenfalls vom Stadtbezirksausschuss zur Verfügung gestellt werden.

b) Innerhalb der Betriebe und Verwaltungen müssen die Außärer mit dem Betriebsfriedenskomitee einen "außäischen Plan aufstellen und unter diesen arbeiten, um unserer Friedensarbeit den gewünschten Erfolg zu bringen.

c) Ihr unsere Außärer und "außervertreter" besteht die Verpflichtung darin zu sorgen, dass aus den bestehenden Haushaltssubventionen für Zwecke der Zeit Heimgefangene/infizierten der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands entwickelt werden, die neben dem aktiven Kampf für den Frieden den Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands aufnehmen und für die nationalen Interessen unseres Vaterlandes einzutreten.

d) Es muss gelingen, alle Bewohner eines Hauses für den Kampf im Weltfriedenskrieg und die Durchsetzung der neuen Punkte der 2. Weltfriedenskonferenz zu gewinnen. Es darf in der DDR keinen Menschen geben, der nicht für den Frieden dient. Der Kampf muss schriftlich geführt werden, bin der Weltfrieden gesichert ist.

e) Alle patriotischen Kräfte des Hauses bilden die Haugemeinschaft, der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Sie stehen auf dem Boden des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Die vornehmste und wichtigste Aufgabe der Haugemeinschaften ist es, alle Haushbewohner ihr die neuen nationalen Ziele des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland durch konsequente und regelmäßige Aufklärung zu überzeugen.

Vorstandsvorsitz: Abteilung für Aufklärung und Propaganda.

III.

Vorbereitung der Aufklärungsarbeit.

Um die grossen Aufgaben, die im Jahre 1951 vor uns stehen, gut und richtig erfüllen zu können, muss die Aufklärungsarbeit vorbereitet werden.

3) In Verbindung mit dem kommenden Stadtbezirk und die Verbrennungen am Freitag zur Herstellung der Veranstaltungen
kommt es des Jeden der Stadt Bezirke.

4) In Verbindung mit den Wahlbezirken des Bezirks ist im Moment
Rücksicht zu jedem Wahlbezirksmannschaften die Versammlung mit dem
Hauptverein einleiten durchzuführen zu seines Sicherung weiterer
Gouverneur Kandidat für die Nationale Front des demokratischen
Bundes/landes.

IV. Aussende Rücksichtung.

Die Aufführung unter der Bevölkerung über die Wichtigkeit der Bunt-
metallarbeiter ist weiterzuführen. Die Sammlung des Bunt-
metalls ist in Verbindung mit der FDJ gut durchzugehören.

23. Januar 1951

26. Februar 1951

Aussendestelle ist das Gewerbe - Betriebwerk, Niedlerstrasse
Verantwortlicher: Ausführungsleiter.

V. Organisationsempfehlungen.

1) Alle Parteien und Massenorganisationen sind verpflichtet, Ihre
Kommunistische und Mitglieder zur Unterstützung der Aufklärungs-
arbeit des Wahlbezirksteams zu melden. Rücksicht erfolgt über die
Organisationskommission. Der Blockausschuss ist einzutragen, dass er
die Zahl der von den einzelnen Parteien zur Verfügung zu stellenden
mitglieder festlegt. Unter dieser Voraussetzung und deren Ergebnis ist der
Organisationsausschuss schriftlich bis zum 20. Januar Mittteilung zu
geben.

2. Alle Parteien und Massenorganisationen sind verpflichtet, dass
sie bei der Vermöglichung der unter Punkt 1 aufgezählten Punkte sie
aktiv einzuhalten, um die nationale Widerstandsbewegung und das Volks-
freiheitskampf zu verstärken.

3) Der Stadtbezirk ist bis zum 23. Jeden Monats ein Terminplan zu
Vorbereitung mit dem Aufklärungsleiter für den kommenden Monat einzustel-
len. In diesem Terminplan sind die Veranstaltungen der Wahlbezirke
zuordnen, auszumachen mit einschließlich.

4. Da die Arbeit der Wahlbezirke so/ganz besser zu überwachen, ist
für jeden Wahlbezirksteams 1 Vorstandmitglied verantwortlich zu
nehmen, der über seine Lehrerungsarbeit Bericht zu erstatten hat.

5. Der Organisationsplan des Stadtbezirksteams ist bis zum 15.
1.1951 rohlos fertig zu stellen.

6. Für die Sprechstunde in der Sprechstelle (Montags - Don-
nerstag von 17- bis 20 Uhr und Sonnabends von 15 bis 18 Uhr) sind die
Vorstandmitglieder plausibel für den gesamten Monat festzulegen und
die Durchführung der Sprechstunden zu überwachen.

Verantwortlicher: Organisationskommission.

Der Vorstand ist verpflichtet, in jeder Versammlung der Er-
füllung dieses Arbeitsplanes Stellung zu nehmen und seine ganze Kraft
für die Aufführung derselben einzusetzen.

Wir sagen, wenn wir unsere ganze Kraft einsetzen, kann und wird es
uns gelingen, die Volksbewegung nur bestätigung zu bringen, da für
die Bedeutung Westdeutschlands von englisch-nazi imperialistischen
notwendig ist, nur das wird es uns gelingen, die Hauptstadt Deutschlands
zu erkämpfen und damit den Frieden in Europa zu sichern.

Jeder Verantwortungsbereich darf keine Patriot, der seine Hoffnung
hat, muss die aktiver Kämpfer in den Reihen der Nationalen Front
werden.

CONFIDENTIAL

German Democratic Republic

FDD Abstract [REDACTED]

25X1X
25X1A
BERLIN REICHSBAHN DIRECTORATE INSTRUCTIONS FOR RAILROAD ENGINEERS (28 pp;
German; [REDACTED]
[REDACTED]

This document, a photostat, was compiled by the German Reichsbahn Directorate in Berlin and consists of a tabular summary, of detailed instructions and regulations for railroad engineers for the period 28 January-10 February 1951. These regulations apply to the operation of trains on all sectors of railroad lines under the supervision of the Berlin Reichsbahn Directorate. There are individual tables for the various sectors, arranged so as to include the following information: 1) name of railroad stops; 2) kilometer distances between stops; 3) special instructions and speed limits; 4) time of day for authorized stops at a given station for all or specific types of trains; 5) dates that these regulations went into effect; 6) dates regulations cease to be in effect; 7) estimated losses in travel time; and 8) reasons for delays, and other remarks. In addition, the tables specify those parts of the sectors which consist of single-track railroad lines.

RETURN TO CIA LIBRARY

25X1A

[REDACTED]
20 April 1951

CONFIDENTIAL

SECRET

German Democratic Republic

FDD Abstract

25X1A
25X1A

25X1X

PRODUCTION OF ELECTRIC MOTORS AT THE ELMO PLANT, DESSAU (36 pp; German; [redacted])

[redacted]

This report consists of nine parts, all photostats, dealing with the production of electric motors at the Elmo Plant in Dessau.

Part 1, dated 26 August 1950, is a preliminary production schedule for September 1950. Parts 2, 3, and 4, dated 6 September, 29 September, and 29 October 1950, are production schedules for September, October, and November 1950. The electric motors, as well as the compressors and ventilators, were scheduled to be shipped as reparation deliveries to the USSR. Part 5, dated 1 November 1950, is a monthly production report for October 1950. Part 6, dated 26 September 1950, is a shortage report listing the items lacking for 1,576 electric motors to be exported to the Soviet Union. Part 7, dated 19 October 1950, is a procurement report, pointing out that 1,870 tons of iron castings are needed to carry out the production program for motors for the first three months of 1951. Since all East German foundries refused to accept an order from the Elmo Plant for these, as they are already operating at capacity by orders placed under the 1951 plan, the Elmo Plant management was requested to take appropriate steps to clear up this situation. Part 8, dated 31 October 1950, is a report to the Trade Agency of the USSR, attention engineer Degterev, on the status of deliveries of switching apparatuses for electric motors from the Sachsenberg Factory in Radeberg. Part 9, dated 13 September 1950, is a letter of complaint, containing an expert statement, dated 7 February 1950, on the examination of a compressor delivered by the Elmo Plant to the Butirer Chemical Plant in Moscow. The Soviet expert Komkov found seven different defects in the compressor, which rendered it useless. It is proposed that the Elmo Plant deliver replacements for the defective compressor parts in accordance with the order of the purchaser.

25X1A

RETURN TO CIA LIBRARY

[redacted]
17 April 1951

SECRET